

Festlegungsprotokoll der Sitzung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung

Datum: 20.03.2018
Ort: Lausitzer Sportschule, 03050 Cottbus
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:40 Uhr

I Öffentlicher Teil

Zu TOP 1 Anwesenheit und Beschlussfähigkeit

Frau Löbe (Vors.)	Fröbel Bildung und Erziehung gGmbH
Herr Amat Kreft	Fraktion AUB/SUB
Herr Raab	Jugendhilfe Cottbus e. V. (Stellv.)

Entschuldigt: Herr Schneider, Herr Schulz

Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde einstimmig angenommen.

Zu TOP 3 Bestätigung der Niederschrift vom 22.02.2018

Die Niederschrift wurde einstimmig angenommen.

Zu TOP 4 Schulsozialarbeiter – mobile Sozialarbeit an Schulen

Frau Schulze/ Teamleiterin Sozialarbeit an Schulen
Frau Frenzel/ Schulsozialarbeiterin an der Paul Werner Schule

An Hand einer Präsentation, die als Tischvorlage ausgegeben wurde, stellten sie den Leistungsbereich der Schulsozialarbeit in den einzelnen Planungsräumen vor und benannten die Arbeitsfelder. Ausführungen wurden zu folgenden Themen gemacht:

- Sozialpädagogische Beratung und Begleitung im Einzelfall
- Sozialpädagogische Beratungen im Gruppenkontext
- Sozialpädagogische Krisenintervention
- Themenbezogene Projektarbeit und Angebote für Eltern und Bezugspersonen
- Netzwerkarbeit in der Stadt, an der Standortschule
- Kooperationen und Öffentlichkeitsarbeit
- Betreuung von Praktikanten

In der Diskussion wurden Fragen beantwortet.

Frau Kaygusuz-Schurmann/ Leiterin Koordinierung Asyl

Sie machte Ausführungen zum Stand der mobilen Sozialarbeit an Schulen. Das Land finanziert eine Migrationssozialarbeit für die Menschen, die eine Asyl- und Bleibeberechtigung haben. Die geförderten Pauschalen werden zu Zweidritteln an freie Träger ausgereicht nach den eruierten Bedarfen.

Folgende drei unterschiedliche Modelle der Unterstützung sind geplant:

- Migrationsspezifische Aufstockung bereits bestehender Angebote mit Alleinstellungsmerkmal (u.a. mobile Sozialarbeit an Schule, Erziehungsberatungsstellen, Frauenhaus)
- Migrationsspezifische Aufstockung von bestehenden Regelangeboten und Strukturen nach Interessenbekundungsverfahren (Familienförderung, Streetwork/mobile Arbeit, Suchtberatung)
- Interessenbekundungsverfahren für zusätzliche Bedarfe.

Da die Förderung des Landes an die Ausführungen des Landesaufnahmegesetzes gebunden ist, sind viele Fragen aufgetreten, Fragen zur Finanzierung, Konzept- und Vertragsgestaltung sowie zum Interessenbekundungsverfahren. Am 23.03.2018, in der Zeit von 08:00 bis 09:30 Uhr wird es dazu eine Informationsveranstaltung im Stadthaus geben.

Zu TOP 5 Sonstiges

II Nichtöffentlicher Teil

Es liegen keine Unterlagen vor.

Stephanie Löbe
Stellv. Vorsitzende UA Jugendhilfeplanung

P. Scheffel
Protokollantin